

## **NIEDERSCHRIFT**

### über die **3.** Sitzung des **des Sozial- und Gesundheitsausschusses** (XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **19.02.2015**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)  
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr  
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

#### **Sitzungsteilnehmer:**

##### **• CDU-Fraktion**

1. Herr Heiner Cöllen
2. Herr Hans-Josef Engels
3. Herr Gerhard Heyner bis 18:00 Uhr
4. Herr Klaus Karl Kaster
5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
6. Frau Ann-Kathrin Küsters
7. Frau Dr. Daniela Leyhausen ab 17:15 Uhr
8. Frau Ursel Meis
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Bernd Ramakers
11. Herr Antonius Suppes ab 18:00 Uhr Vertretung für Herrn Heyner
12. Frau Maria Widdekind

##### **• SPD-Fraktion**

13. Herr Udo Bartsch
14. Frau Margot Dubbel
15. Frau Cornelia Lampert-Voscht
16. Frau Gertrud Servos
17. Frau Helga Weiss
18. Frau Astrid Maria Westermann

##### **• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

19. Herr Kantharupan Balasubramaniam
20. Frau LL.M. Nilab Fayaz
21. Frau Angela Stein-Ulrich

- **FDP-Fraktion**

- 22. Herr Simon Kell
- 23. Herr Dirk Rosellen

- **Die Linke/Piraten-Fraktion**

- 24. Herr Thomas Koch ab 17:20 Uhr

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 25. Herr Carsten Thiel bis 19:30 Uhr

- **AfD**

- 26. Frau Corinna Gerstmann

- **beratende Mitglieder**

- 27. Herr Karl Boland
- 28. Herr Bernd Gellrich ab 17:10 Uhr
- 29. Herr Norbert Kallen ab 17:10 Uhr, bis 18:15 Uhr
- 30. Herr Manfred Lenz
- 31. Herr Dr. Josef Merten
- 32. Herr Bülent Öztas

- **Verwaltung**

- 33. Herr Marcus Baumgarth
- 34. Frau Alice Bieberich-Muckel
- 35. Herr Christian Böhme
- 36. Frau Katharina Czudaj
- 37. Herr Dr. Michael Dörr
- 38. Herr Edwin Erdmann
- 39. Herr Fabian Fox
- 40. Herr Gerd Gallus
- 41. Herr Siegfried Henkel
- 42. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 43. Herr Martin Meisel
- 44. Herr Marcus Mertens
- 45. Herr Carsten Paetau
- 46. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
- 47. Frau Heike Stump

- **Schriftführerin**

- 48. Frau Birgit Rothe-Slak

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
<b>Öffentlicher Teil: .....</b>		<b>4</b>
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Infektionsbericht 2014 Vorlage: 53/0397/XVI/2015.....	4
3.	Entwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sowie der Sozialhilfe (SGB XII) 2014 Vorlage: 50/0445/XVI/2015.....	5
4.	Schulsozialarbeit Vorlage: 50/0431/XVI/2015 .....	6
5.	Überführung des YourSafety Health-net-Projektes in die Health I Care-Initiative Vorlage: 53/0423/XVI/2015 .....	7
6.	Präventive Pflegeberatung und pflegfachliche Bedarfsprüfung im Kreissozialamt Vorlage: 50/0441/XVI/2015.....	8
7.	GEPA NRW - Entwicklung ambulanter und quartiersnaher Betreuungsangebote im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0442/XVI/2015.....	9
8.	Behindertenfahrdienst des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 50/0436/XVI/2015 .....	10
9.	Mitteilungen .....	10
9.1.	Bericht über die Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter am 05.11.2014.....	10
9.2.	Bericht über die Sitzung der Kommission "Silberner Plan" am 25.11.2014 Vorlage: 50/0438/XVI/2015 .....	11
9.3.	Bericht über die Fachtagung "Pflege von behinderten Menschen" am 25.11.2014.....	11
9.4.	Veranstaltungen zu AIDS im Jahr 2013 Vorlage: 53/0422/XVI/2015 .....	11
9.5.	Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum .....	11
10.	Anfragen .....	12

## Öffentlicher Teil:

### 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

#### Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtete er Herrn Kantharupan Balasubramaniam als stellvertretendes Mitglied des Sozial- und Gesundheitsausschusses. Folgende Tischvorlagen lagen aus und sind der Niederschrift beigelegt:

- Zu Top 4 : Hinweise des MAIS zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen einschl. Anlage
- Zu Top 8 : Erläuterung zu Top 8 (fehlte in der Einladung)
- Zu Top 10 : Antrag / Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.02.2015 zur BuT – Bearbeitung im Jobcenter
- zu Top 10 : Schreiben des Landrates vom 18.02.2015 an die Kassenärztliche Vereinigung bezüglich Neuorganisation des ärztlichen Notdienstes
- Anfrage an die Kassenärztliche Vereinigung zur hausärztlichen Versorgung im Rhein-Kreis Neuss

### 2. Infektionsbericht 2014

#### Vorlage: 53/0397/XVI/2015

#### Protokoll:

Amtsarzt Dr. Dörr stellte den Infektionsbericht 2014 vor. Der Vortrag ist als Anlage beigelegt.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Cöllen bestätigte Amtsarzt Dr. Dörr, dass zwischen den Krankenhäusern im Rhein-Kreis Neuss und dem Gesundheitsamt ein enger und sehr kooperativer Informationsaustausch stattfände und eine gute Zusammenarbeit bestehe.

Das Kreisgesundheitsamt übe über die Krankenhäuser auch eine Aufsichtsfunktion aus, die auch nicht angekündigte Prüfungen beinhalte.

Er wies zudem auf das MRSA – Netzwerk hin, in welchem nicht nur die Krankenhäuser sondern auch die Fachärzte, auch überregional, aktiv sind.

Kreistagsmitglied Meis fragte nach der Impfmüdigkeit, insbesondere bezüglich Kinderkrankheiten, weiterhin, ob die Zunahme von Magen-Darm-Erkrankungen hygienische Ursachen haben könnte, sowie nach den Erfahrungen mit dem System zur Bekämpfung des MRSA – Erregers in den Niederlanden.

Amtsarzt Dr. Dörr konnte einen Zusammenhang zwischen Brech- Durchfall – Erkrankungen und mangelnder Hygiene nicht bestätigen. Man nehme sogar wahr, dass das Hygienebewußtsein in der Bevölkerung und beim Fachpersonal steige. Es hätten sich jedoch die Erreger für solche Erkrankungen gewandelt.

Er bestätigte dass das niederländische System zur MRSA- Eindämmung vorbildhaft sei. Es sei aber nicht so, dass jeder Patient dort vor einer stationären Aufnahme auf MRSA

gescreent würde. Vielmehr wäre aber in jedem Krankenhaus ein Hygieniker, also ein Arzt für Hygiene und Mikrobiologie, vorhanden. Dies sei in Deutschland zwar wünschenswert, derzeit aber noch nicht umsetzbar.

Impfmüdigkeit, stellte Amtsarzt Dr. Dörr fest, bestünde bedauerlicherweise insbesondere beim medizinischen Fachpersonal. Bei älteren, chronisch kranken Personen sei dagegen die Motivation zur Impfung gut.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Balasubramaniam erklärte Amtsarzt Dr. Dörr, dass die Meldepflicht für Campylobacter- Erkrankungen mit dem Infektionsschutzgesetz 2001 eingeführt worden sei. Dies werde derzeit reformiert, künftig werde es weitere meldpflichtige Keime geben.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose fragte bezüglich der Krankenhaushygiene nach, ob das im Rhein-Kreis Neuss angewandte System auch deutschlandweit zum Einsatz käme.

Dezernent Mankowsky erklärte, dass es zwar auch andere Netzwerke gebe, er davon ausgehe, dass das MRSA-Netzwerk im Rhein-Kreis Neuss vorbildlich sei. Dies würde u.a. durch die entsprechende Zertifizierung der drei Akut-Krankenhäuser belegt.

Beratendes Mitglied Öztas fragte, ob es bei den Asylbewerbern im Rhein-Kreis Neuss Auffälligkeiten bezüglich Infektionserkrankungen gebe.

Amtsarzt Dr. Dörr berichtete, dass hier Windpocken ein großes Problem darstellen würden. Diese hochinfektiöse Erkrankung führe dann auch immer zu einem Aufnahmeverbot in der Einrichtung.

#### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Ausführungen des Gesundheitsamtes zur Infektionssituation im Jahr 2014 zur Kenntnis.

### **3. Entwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sowie der Sozialhilfe (SGB XII) 2014 Vorlage: 50/0445/XVI/2015**

#### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz verwies auf die Vorlage, in welcher u.a. die Steigerungsraten verschiedener Ausgabepositionen, z.B. im Bereich „Kosten der Unterkunft SGB II“ oder „Hilfe zur Pflege SGB XII“ seit 2011 dokumentiert seien. In 2014 sei der Haushaltsansatz um rund 3 Mio überschritten worden.

Kreistagsmitglied Bartsch fragte aufgrund der Kostensteigerung im Bereich Integration, ob eine Poolbildung von Integrationshelfern an Schulen beabsichtigt sei. Sozialamtsleiter Henkel berichtete, dass das Schulamt, das Jugendamt und das Sozialamt aktuell gemeinsam hierüber beraten würden. Nachdem hier nun auch Landesmittel zur Verfügung gestellt würden, sei nun beabsichtigt, Integrationshelfer als schulisches Angebot zu implementieren. Zurzeit werden die Schwerpunktschulen hierfür definiert. Man habe sich vorgenommen ein Konzept bis Mitte des Jahres zu erstellen.

#### **4. Schulsozialarbeit** **Vorlage: 50/0431/XVI/2015**

##### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz berichtete, dass das Interesse an diesem Thema sehr hoch sei. Zahlreiche Anfragen hierzu seien an den Rhein-Kreis Neuss herangetragen worden, so dass bereits eine erste Pressemeldung als sinnvoll angesehen worden sei und bat hierfür um entsprechendes Verständnis. Auch die vielen, in der heutigen Sitzung anwesenden Schulsozialarbeiter seien nun auf das Ergebnis der Beratung gespannt.

Er zeigte sich zufrieden mit der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss. Dies sei insbesondere dem Umstand zu verdanken, dass von Beginn an viele Akteure u.a. die Städte und Gemeinden, Vereine etc in die Umsetzung einbezogen worden seien. Dieser an den Statistiken ablesbare Erfolg müsse nun weiter gesichert werden.

Hierfür seien die Schulsozialarbeiter ein wichtiges Instrument. Diese hatten und haben einen hohen Anteil an der erfolgreichen Umsetzung.

Aus diesem Grund falle es leicht den Beschlussvorschlag zu unterbreiten, mit dem die Fortführung der Schulsozialarbeit bis 2017 gesichert werden könne.

Hilfreich sei dabei natürlich die zugesagte Landesförderung, welche in Kombination mit der bisherigen wirtschaftlichen Projektplanung einhergehe und damit die Kosten in einem sehr überschaubaren Rahmen halte.

Er hoffe, dass frühzeitig eine Möglichkeit gefunden werde die Schulsozialarbeit auch über 2017 hinaus fortzuführen, ohne dass dies zu einer finanziellen Belastung der Kommunen führe.

Der Vortrag von Frau Rothe-Slak erläutert die Organisation, die Ausrichtung und Finanzierung der Schulsozialarbeit BuT und ist als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Cöllen dankte den Schulsozialarbeitern und erklärte, dass seine Fraktion für den Beschluss der Fortführung stimmen werde.

Kreistagsmitglied Bartsch sprach den Schulsozialarbeitern ebenfalls seine Anerkennung für die gute und präventive Arbeit aus. Er bedauerte, dass sich der Bund aus der Finanzierung zurückgezogen habe, begrüße entsprechend, dass das Land eingesprungen sei und dank der bisherigen Projektfinanzierung ein entsprechend guter Weg für die weitere Fortführung gefunden worden sei. Er wünsche den Schulsozialarbeitern auch weiterhin eine gute und erfolgreiche Arbeit.

Auch Kreistagsmitglied Carsten Thiel sah in der Schulsozialarbeit BuT einen wichtigen Baustein zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Er sehe das Land in der Pflicht eine 100-prozentige Förderung zu übernehmen und regte an den Beschluss dahingehend zu formulieren, dass „mindestens 60 % der Förderung“ über das Land erfolge.

Kreistagsmitglied Rosellen würdigte ebenfalls die Arbeit der Schulsozialarbeiter als hervorragend. Er teile die Hoffnung, dass für die Zeit nach 2017 eine einvernehmliche Lösung gefunden werde, welche nicht zu Lasten der Kommunen gehe.

Auch Kreistagsmitglied Stein-Ulrich erklärte, dass ihre Fraktion dem Beschluss zustimmen werde. Auch sie unterstrich den präventiven Charakter der Arbeit und verwies dabei auch auf den Bericht der Süddeutschen Zeitung, der der Einladung beigefügt war.

Ausschussmitglied Koch fragte, ob es durch das erhöhte Asylaufkommen auch zu einer Mehrarbeit bei den Schulsozialarbeitern komme.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz bestätigte, dass die Arbeit kreisweit u.a. auch aufgrund des Zugangs von Asylberechtigten zugenommen habe.

Bezüglich der Formulierung der Beschlussempfehlung schlug Kreistagsmitglied Cöllen vor, einen Passus zu ergänzen, dass man sich für eine Fortführung über 2017 hinaus einsetzen werde, dies aber nicht zu einer Belastung der Kommunen führen dürfe.

**Beschluss:**

Unter der Voraussetzung, dass das Land NRW ab 2015 bis 2017 die Schulsozialarbeit BuT im Rhein-Kreis Neuss i.H.v. 60 % fördert, wird das Projekt „Schulsozialarbeit BuT“ im TZG in den Jahren 2015 bis 2017 fortgeführt.

Darüber hinaus wird sich der Rhein-Kreis Neuss bei Bund und Land dafür einsetzen, dass die Schulsozialarbeit BuT auch über 2017 hinaus weitergeführt wird. Diese Fortführung der Schulsozialarbeit darf nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung der Kommunen führen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

**5. Überführung des YourSafety Health-net-Projektes in die Health I Care-Initiative**  
**Vorlage: 53/0423/XVI/2015**

**Protokoll:**

Dezernent Mankowsky erklärte, dass man in Zusammenhang mit dem Programm INTERREG IV das YourSaftyHealth-net Projekt im Rhein-Kreis Neuss durchgeführt habe. Das Programm werde nun mit INTERREG V fortgeführt und das YourSaftyHealth-net Projekt in die Health I Care Initiative überführt. Mit der Health I Care Initiative sollen die bisher erfolgreich durchgeführten Maßnahmen fortgeführt werden.

Im Rahmen von INTERREG V kann es aber auch künftig noch andere Schwerpunkte geben, so zum Beispiel das Thema Quartiersentwicklung unter dem Blickwinkel des demographischen Wandels, mit sehr innovativen Ansätzen in den Niederlanden.

**Beschluss:**

Unter der Prämisse der Bewilligung des Health I Care –Projektes im März dieses Jahres stimmt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dieser Maßnahme auf Ebene der Euregio Rhein-Maas-Nord unter Federführung des Gesundheitsamtes –in Analogie der Vorläuferinitiative EurSafety Health-net zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**6. Präventive Pflegeberatung und pflegefachliche Bedarfsprüfung im Kreissozialamt**  
**Vorlage: 50/0441/XVI/2015**

**Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz verwies auf die Vorlage. Seit dem 01.01.2015 sei Frau Bieberich-Muckel im Rhein-Kreis Neuss im Einsatz. Sie solle als Pflegefachkraft an verschiedenen Schnittstellen die Beratung zum Thema „ambulant vor stationär“ insbesondere bei der Frage zur Aufnahme in eine stationäre Altenhilfeeinrichtung unterstützen.

Im Vordergrund stehe dabei der Wunsch vieler Menschen in ihrer gewohnten Umgebung zu verbleiben.

Natürlich gäbe es aber auch einen fiskalischen Aspekt., denn oft müsse der Sozialhilfeträger für die Heimkosten aufkommen.

Da Frau Bieberich-Muckel die Arbeit gerade erst aufgenommen habe, schlägt Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz vor, dass ein erster Erfahrungsbericht gegen Ende des Jahres erfolgen solle.

Des Weiteren werde Frau Bieberich-Muckel als Gutachterin in der Heimaufsicht eingesetzt.

Kreistagsmitglied Servos wünschte Frau Bieberich-Muckel bei ihrer Arbeit viel Erfolg, befürchtete aber, dass das breite Aufgabenspektrum von einer Person nicht zu leisten sei.

Kreistagsmitglied Cöllen begrüßte die Einrichtung dieser Fachstelle, wünschte aber, diese würde auch in der Öffentlichkeit ausreichend bekannt gemacht.

Beratendes Mitglied Boland fragte, wie derzeit die Kontaktaufnahme von den Beratungsinteressierten, z.B. den Angehörigen zu Frau Bieberich-Muckel erfolge.

Sozialamtsleiter Henkel berichtete, dass es tatsächlich grade die Angehörigen seien, die sich beim Sozialhilfeträger mit Fragen zur Finanzierung einer Heimaufnahme erkundigen würden. In diesem Beratungsfeld sei Frau Bieberich-Muckel daher vom Tag ihrer Arbeitsaufnahme an aktiv. Sie mache sich, wenn möglich, auch zu hause bei den Betroffenen ein Bild, ob auch eine ambulante Versorgung gewünscht und möglich sein könnte um dann den Kontakt zu den entsprechenden Fachberatern herzustellen. Sie selbst mache kein Case-Management, sondern agiere als Lotse.

Auch Kreistagsmitglied Carsten Thiel begrüßt diese Fachstelle und sah hier auch einen entsprechenden Nutzen für die Wohnberatungsagentur.

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **7. GEPA NRW - Entwicklung ambulanter und quartiersnaher Betreuungsangebote im Rhein-Kreis Neuss**

### **Vorlage: 50/0442/XVI/2015**

#### **Protokoll:**

Kreistagsmitglied Bartsch verwies auf den Antrag seiner Fraktion. Die Verwaltung werde beauftragt, gemeinsam mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege ein Konzept zu entwerfen, das die Strukturen im Rhein-Kreis Neuss zur Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ aufzeige.

Kreistagsmitglied Cöllen erklärte, dass seine Fraktion zwar den Antrag dem Grunde nach befürworte, er aber klarstellen wolle, dass die im Antrag formulierte Initiative bereits auf verschiedenen Ebenen angegangen werde. Zudem müsse noch deutlich gemacht werden, dass es nicht um die generelle Verhinderung einer Heimaufnahme gehe.

Er sehe es als sinnvoll an, dass der Antrag so ausgelegt werde, dass die in der Begründung dargestellten Ideen in die weiteren Beratungen einfließen sollten.

Kreistagsmitglied Stein-Ulrich teilte mit, dass man gerne den Antrag unterstützen würde.

Man wünsche sich allerdings eine Ergänzung dahingehend, dass die Implementierung des Projektes „Präventive Hausbesuche“ geprüft werde.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose riet dazu, die Antragsinhalte mit in die weitere Beratung zu nehmen. Er sehe die vorgeschlagene Frist für die Entwicklung eines solchen Konzeptes bis November als zu kurz an.

Da bis 2016 eine Aktualisierung der Zielsetzungen innerhalb des Silbernen Plans erfolgen müsse, sei eine förmliche Beschlussfassung entbehrlich. Die zum Ausdruck gebrachten Anregungen seien aber grundsätzlich richtig.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz bestätigte, dass eine kommunale Bedarfsplanung nach § 7 GEPA NRW auch unter Einbeziehungen der im Antrag aufgeführten Anregungen und Hinweise erfolgen müsse. Ein solcher Beschluss würde daher lediglich eine ohnehin vorhandene gesetzliche Anforderung bestätigen.

Kreistagsmitglied Bartsch gab zu Bedenken, dass dieser Beschluss aber Grundlage für Maßnahmen sein könnte, welche mit finanziellem Aufwand verbunden seien.

Hier hielt Ausschussvorsitzender Dr. Klose wiederum entgegen, dass gerade die Finanzierungswege bestimmter Maßnahmen noch geklärt werden müssten. Darüber hinaus sei noch viel, zum Teil sehr kleinteilige Gestaltung zum Beispiel bei der Definition räumlicher Begriffe erforderlich, so dass vor diesem Hintergrund eine solche Beschlussfassung einen zu engen Zeit- und Handlungsrahmen vorgebe.

Kreistagsmitglied Bartsch erklärte sich einverstanden, die Hinweise in dem Antrag um die Anregungen der Kreistagsabgeordneten Cöllen und Stein-Ulrich zu ergänzen und der Verwaltung in Form eines Arbeitspapiers zuzuleiten.

Bezüglich der Zeitschiene verwies Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz auf die gesetzliche Vorgabe und kündigte die überarbeitete Planung für Anfang 2016 an.

## **8. Behindertenfahrdienst des Rhein-Kreises Neuss**

### **Vorlage: 50/0436/XVI/2015**

#### **Protokoll:**

Herr Baumgarth berichtete zur Organisation, Inanspruchnahme und Finanzierung des Behindertenfahrdienstes Rhein-Kreis Neuss.

Der Vortrag ist als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Servos dankte für den Vortrag. Sie würde es begrüßen, wenn der Fahrdienst ausgeweitet werde. Dies betreffe sowohl die Anzahl der zulässigen Inanspruchnahme, aber besonders auch den Zeitrahmen der Fahrten. So sehe sie es als sehr kritisch an, dass der Fahrdienst nur bis 22.00 Uhr im Einsatz sei. Viele kulturelle Angebote könnten bei dieser Vorgabe nicht mit Hilfe des Fahrdienstes erreicht werden. Diese engen Vorgaben seien zudem nach Ihrer Auffassung nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention in Einklang zu bringen, welche geltendes Recht sei.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die finanziellen Vorgaben nach Einrichtung des Fahrdienstes kontinuierlich angepasst worden seien. Mit den derzeit bereit gestellten Mitteln sei der Fahrdienst nur in dem dargestellten Umfang umsetzbar. Er betonte, dass das derzeit vereinbarte Angebot ganzjährig aufrecht erhalten werde, auch wenn sich abzeichne, dass der Haushaltsansatz überschritten werde. Eine Ausweitung des Umfangs, sei es bezüglich der Fahrten allgemein oder auch bezüglich der Uhrzeiten, in welchen der Fahrdienst bereit gehalten werde, wäre jedoch unweigerlich mit Mehrkosten verbunden. Hierzu sei dann eine entsprechende politische Beschlussfassung notwendig.

Sachkundiges Mitglied Boland wies auf die Situation behinderter Menschen hin und regte an, über die Frage was Teilhabe bedeute zu diskutieren. Die Inanspruchnahme eines entsprechenden privaten Fahrdienstes sei für die meisten behinderten Menschen zu teuer. Daher sei die Institution im Rhein-Kreis Neuss sehr zu begrüßen. Fraglich sei aber, ob man die Zeiten tatsächlich so bemessen solle, dass damit doch eine Einschränkung der persönlichen Freiheit einhergehe. Er begrüße jedoch sehr, dass im Rhein-Kreis Neuss, anders als bei anderen Trägern, die Inanspruchnahme nicht an eine Einkommensprüfung gebunden sei. Er sehe die Situation im Rhein-Kreis Neuss damit als sehr gut, wenngleich ausbaufähig an.

Kreistagsmitglied Cöllen konnte die Argumentation bezüglich der Einschränkungen nachvollziehen, sah dies aber auch als eine Frage an, die im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden werden müsse.

#### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zum Behindertenfahrdienst zustimmend zur Kenntnis.

## **9. Mitteilungen**

### **9.1. Bericht über die Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter am 05.11.2014**

#### **Protokoll:**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Das Protokoll der Sitzung ist als Anlage beigefügt.

**9.2. Bericht über die Sitzung der Kommission "Silberner Plan" am 25.11.2014****Vorlage: 50/0438/XVI/2015****Protokoll:**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**9.3. Bericht über die Fachtagung "Pflege von behinderten Menschen" am 25.11.2014****Protokoll:**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**9.4. Veranstaltungen zu AIDS im Jahr 2013****Vorlage: 53/0422/XVI/2015****Protokoll:**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**9.5. Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum****Protokoll:**

Dezernent Mankowsky verwies auf das als Tischvorlage ausgelegte Schreiben, in welchem die Kassenärztliche Vereinigung um Stellungnahme zur hausärztlichen Versorgung im Rhein-Kreis Neuss gebeten wurde.

Das Thema werde aber auch auf der Tagesordnung der nächsten Gesundheitskonferenz stehen.

Bei Schließung der Notfallpraxis befürchte er ein Ausweichen auf die Notfallambulanz der Krankenhäuser und damit verbunden eine entsprechende Kostensteigerung. Er würde es zudem bedauern, wenn die Vorteile entfielen, die die Notfallpraxen durch die Anbindung an ein Krankenhaus haben, wie die Nutzung der Infrastruktur, Geräte, etc.

Kreistagsmitglied Cölln stellte fest, dass hier originär die Kassenärztliche Vereinigung zuständig sei, dennoch appelliere er an die Verwaltung, alle Anstrengungen zu unternehmen, um diese Schließung, welcher er als Katastrophe ansehe, zu verhindern.

Kreistagsmitglied Bartsch zeigte sich entrüstet, dass die Kassenärztliche Vereinigung ein solches Vorhaben über die Presse kommuniziere und regte an, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss hier entsprechend Position beziehe.

Ausschussmitglied Balasubramaniam fragte, ob die Gründe für die eventuelle Schließung bekannt seien.

Dezernent Mankowsky konnte nur vermuten, dass dies einen fiskalischen Hintergrund haben könnte. Mangelnde Bereitschaft der Ärzte, sich am Dienst der Notfallpraxen zu beteiligen, gäbe es im Rhein-Kreis Neuss nicht.

Die Stellungnahme der Kassenärztlichen Vereinigung solle abgewartet werden.

Die Verwaltung sagte weitere Informationen zu.

## 10. Anfragen

### Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz verwies auf die Tischvorlage, wonach die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Abwicklung und Bearbeitung von Leistungsanträgen aus dem Bildungs- und Teilhabepakt im nächsten Kreisausschuss durch die Geschäftsführung des Jobcenters beantwortet werde.

Amtsarzt Dr. Dörr lud zu einer Lesung ein (Anlage) .

Kreistagsmitglied Fayaz würde es begrüßen, wenn die Angebote des Rhein-Kreis Neuss wie z.B. der Behindertenfahrdienst oder die präventive Pflegeberatung stärker publiziert würden.

Kreistagsmitglied Servos fragte, ob dem Rhein-Kreis Neuss Qualifizierungsmaßnahmen- und Konzepte für Integrationshelfer bekannt seien und bat, diese ggf. der Niederschrift beizufügen.

Der Verwaltung ist das Qualifizierungskonzept des Familienforums Edith Stein bekannt (Anlage).

Beratendes Mitglied Dr. Merten fragte, ob Zahlen bekannt seien, in wie vielen Fällen kreisweit aufgrund von Energieschulden Haushalte von der Versorgung ausgeschlossen würden.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz, erklärte, dass die Problematik zwar auch aus dem SGB II –Bereich bekannt sei, kreisweite Zahlen könnten allerdings nicht vorgelegt werden.

Zum Abschluss der Sitzung sprach Kreistagsmitglied Cöllen dem Allgemeinen Vertreter Jürgen Steinmetz zu seiner letzten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses Dank für die faire und kompetente Zusammenarbeit aus.

Die Kreistagsmitglieder Stein-Ulrich, Servos und Rosellen schlossen sich dem Dank an. Man bedauere seinen Fortgang.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose bestätigte die lobenden Ausführungen seiner Vorredner. Er hob hervor, dass Herr Steinmetz immer vorbehaltlos Informationen weitergegeben habe und für Anregungen offen gewesen sei.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz gab den Dank für den allzeit guten Austausch zurück.

Er erinnerte an den Beginn seiner dienstlichen Tätigkeit im Sozialamt des Rhein-Kreises Neuss. Diese Verbundenheit mit dem Sozialamt sei Grundlage für die hervorragende Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen gewesen, denen er ebenfalls seinen besonderen Dank aussprach.

Sein Dank richte sich aber auch an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für die gute und intensive Kooperation.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 19:45 Uhr die Sitzung.

*Hans-Ulrich Klose*

*Birgit Rothe-Slak*

**Dr. Hans-Ulrich Klose**  
Vorsitzender

**Birgit Rothe-Slak**  
Schriftführung